

Marcus Sandl, Daniel Sidler

# Kriege, Krisen und Profit



## 1580–1700

Der Oberrhein rückte im 17. Jahrhundert immer mehr in den Fokus gesamteuropäischer Entwicklungen. Die Region um Basel wurde erschüttert von Krisen unterschiedlicher Art: von Kriegen und Verwüstungen, von politischen Spannungslagen wie auch von kalten Wintern und kühlfeuchten Sommern, die für schlechte oder ausfallende Ernten sorgten. Diese trugen dazu bei, schwelende Konflikte zwischen der städtischen Obrigkeit und den Untertanen auf der Landschaft weiter zu schüren. Von 1591 bis 1594 sowie 1653 kam es zu längeren Auseinandersetzungen mit der Bauernschaft. Auch innerhalb der Stadt brodelte es. Politische und wirtschaftliche Dynamiken führten 1691 zur grössten innenpolitischen Krise seit der Reformation. In den Dreissigjährigen Krieg (1618–1648) und andere europäische Konflikte, die die Region in Atem hielten, war Basel zwar militärisch nicht involviert, doch wirkten sich diese in vielfältiger Weise auf die Stadt aus. So erlebte Basel eine Epoche voller Krisen und Bedrohungen, aus denen die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger aber auch immer wieder wirtschaftlichen und politischen Nutzen zogen.

## Der Krieg als Krise: Gefahr, Chance und Inszenierung

Am 27. Mai 1594 hatte sich Basel herausgeputzt. Die Rückkehr des städtischen Heeres, das gut zwei Wochen zuvor unter dem Kommando von Andreas Ryff die Stadt verlassen hatte, sollte würdig gefeiert werden. Von den äusseren Mauern aus liess sich beobachten, wie sich der aus dreizehn berittenen und gut hundert Fuss-soldaten bestehende Zug, angeführt von Ryff und einigen Ratsherren, die zuvor in den Dörfern die Huldigung der Untertanen entgegengenommen hatten, der Stadt näherte. Vor dem St. Alban-Tor nahm das Heer nochmals Aufstellung, Ryff stieg vom Pferd und zog an der Spitze seiner Soldaten feierlich in die Stadt ein. Begleitet von den Hochrufen der versammelten Bevölkerung marschierte der Tross zum Münsterplatz. Nach einer kurzen Empfangszeremonie durch die Zunftmeister und weitere Amtsträger ging es weiter Richtung St. Ulrich, die Freie Strasse hinter bis zur Brückenskapelle und wieder zurück, über den Fischmarkt und schliesslich vor das Rathaus. Hier, im Zentrum der politischen Macht, befahl Ryff seinen «kriegslith», sich ringförmig aufzustellen. In einem letzten offiziellen Akt sprach er ihnen den Dank für die der Stadt geleisteten Dienste aus, bevor sie aus ihrer militärischen Pflicht entlassen wurden.<sup>1</sup>

Mit diesem feierlichen Umzug endete ein Konflikt, der unter dem Namen «Rappenkrieg» bekannt wurde. Schon seit einigen Jahren war es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Stadt und der Landschaft gekommen. Die Botschaft des 27. Mai 1594 war, dass es sich dabei um einen Krieg gehandelt hatte, der für die Stadt sieg- und ruhmreich beendet worden war. Einen Krieg im engeren Sinne jedoch hatte es nie gegeben. Die Spannungen waren nicht zuletzt dank Ryffs Engagement kurz vor einer militärischen Eskalation friedlich gelöst worden. So war der Krieg nichts anderes als das Ergebnis einer Inszenierung – der Inszenierung seiner aus Sicht der Stadt erfolgreichen Beendigung. Der Adressat dieser Inszenierung war die Stadt selbst, deren Macht demonstriert und deren Einheit zur Schau gestellt wurde. Die städtische Einheit nämlich hatte sich als durchaus brüchig erwiesen. Obwohl die aufständische Landbevölkerung in der Stadt kaum Sympathien genoss, hatte der Heereszug Missfallen ausgelöst. Insbesondere in den ersten Monaten des Jahres 1594 hatten die aufgebotenen Soldaten ihren Unmut über ihre Einberufung lautstark kundgetan.<sup>2</sup> Darauf nahm Ryff in seiner Ansprache nochmals Bezug, indem er daran erinnerte, dass es nicht der Rat, sondern die gesamte «gemeine burgerschaft» war, die über die Landschaft herrschte.<sup>3</sup>

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

**51 Illustration zum Rappenkrieg aus der von Andreas Ryff verfassten Chronik «Zirkel der Eidgenossenschaft», 1597.** — Nach dem Ende des Rappenkriegs setzte der Kaufmann und Ratsherr Andreas Ryff sich selbst und seine Rolle in der Konfliktbeilegung geschickt in Szene. Bei Schloss Wildenstein stand Ryff zu Ross demnach einer bewaffneten Menge gegenüber, die er dank diplomatischem Geschick beschwichtigen konnte.

### **Schauplätze städtischer Herrschaft: Vom Rappen- zum Bauernkrieg**

Der Rappenkrieg war ein ungewöhnlich langer, in vielerlei Hinsicht indes typischer Konflikt zwischen der Stadt und der Landschaft. Die städtische Herrschafts- und Verwaltungspraxis gab aus Sicht der Landschaft immer wieder Anlass zu Kritik. Die Abgabenlast erschien notorisch zu hoch, die Mitspracherechte hingegen waren gering. Kam es dann noch zu lokalen Missständen, häuften sich die Klagen in den Ämtern gegen die Lasten beziehungsweise gegen einzelne Landvögte als den städ-

tischen Vertretern vor Ort. Solche Klagen wurden teils mündlich, teils schriftlich in Suppliken vorgetragen, blieben in der Regel jedoch örtlich und zeitlich begrenzte Phänomene. Ende des 16. Jahrhunderts allerdings entfalteten die Ereignisse eine neue Dynamik. Seit den 1580er-Jahren wurde der kollektive Unmut grösser und die Klagen angesichts eines Bündels politisch, wirtschaftlich und klimatisch bedingter Probleme dringlicher. Zum einen schränkte der Rat im Zuge des Ausbaus seiner Herrschaft die Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Landbevölkerung immer mehr ein. Zum anderen führten ungünstige Wetterbedingungen für die überdies stark angewachsene Landbevölkerung zu einer kritischen Versorgungslage, zu Preiserhöhungen und einer generellen Teuerung. Zusätzlich verschärfen sich die Zweifel, ob die Stadt überhaupt in der Lage sei, für die Landschaft ‹Schutz und Schirm› zu gewährleisten. 1588 bezog ein französisches Heer auf der Basler Landschaft Quartier und liess sich von den Bewohnerinnen und Bewohnern auf deren Kosten versorgen. Die städtische Obrigkeit nahm diese Einquartierung widerstandslos hin und bewies damit aus Sicht der Landbevölkerung ihren Unwillen beziehungsweise ihre Unfähigkeit, das eigene Territorium vor fremdem Zugriff zu schützen. Dies aber rüttelte am Fundament, nämlich am Einverständnis der Landschaft mit der Herrschaft der Stadt, das auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung beruhte.<sup>4</sup>

**Eine geringfügige Steuererhöhung führte zum Aufbruch**

Angesichts der angespannten Lage bedurfte es nur eines kleinen Tropfens, um das Fass zum Überlaufen zu bringen. Dieser Tropfen war eine eigentlich geringfügige Erhöhung der ländlichen Steuerlast, die vonseiten des Rats im Frühjahr 1591 einseitig verkündet wurde. Der Grund für diese Erhöhung hatte in erster Linie mit dem Fürstbischof von Basel zu tun, mit dem die Stadt in einen längeren Rechtsstreit verwickelt war. Jakob Christoph Blarer von Wartensee hatte nach seinem Amtsantritt als Fürstbischof (1577) die Rekatholisierung im Birseck und im Laufental vorangetrieben und, unterstützt von der katholischen Eidgenossenschaft, seine althergebrachten Herrschaftsrechte über die Stadt und über jene Gebiete auf der Landschaft zurückverlangt, die der Stadt bloss verpfändet waren. Der Konflikt zwischen Fürstbischof und Stadt war 1585 durch eidgenössische Vermittlung beigelegt worden. Im Vertrag von Baden trat der Bischof seine Rechte an die Stadt ab, die ihn dafür mit der ausserordentlich hohen Summe von 200 000 Gulden entschädigen musste.<sup>5</sup> Zur Tilgung dieser Schulden reichte es nun nicht, dass die Stadt Darlehen aufnahm und ihre Reserven auflöste; der Rat versuchte, über die Erhöhung des ‹Weinumgelds› die Bevölkerung auf der Landschaft am Pfandauskauf zu beteiligen. Sein Argument war, dass der ausgehandelte Vertrag

dazu beitrage, die durch den Fürstbischof bedrohte reformierte Konfession auf der Landschaft zu schützen.<sup>6</sup> Die Erhöhung betrug genau einen Rappen.

Was aus Sicht der Obrigkeit konfessionell und ökonomisch legitimiert erschien, betrachtete die Landbevölkerung unter den wirtschaftlichen und sozialen Umständen der Zeit als Bedrohung ihrer Existenz, der es mit allen Mitteln zu begegnen galt.<sup>7</sup> Sie organisierte sich, erstmals im März 1591 in Liestal, in informellen Landsgemeinden und formulierte Bitt- und Beschwerdeschriften, um die eigenen Forderungen zu artikulieren. Der Rat zeigte sich bedingt verhandlungsbereit und empfing landschaftliche Delegationen zu Gesprächen. Zugleich kam es aber zu kleineren Scharmützeln und ersten Verhaftungen. Zur demonstrativen Durchsetzung der städtischen Herrschaft konnte sich der Rat jedoch nicht durchringen. In erster Linie wollte er eine Ausweitung des Konflikts vermeiden. Diese Strategie scheiterte indes, da die Aufständischen die eidgenössische Tagsatzung als Schlichtungsinstanz einschalteten. Auf deren Kompromissvorschläge reagierte der Rat abwartend und unentschlossen und trug auf diese Weise dazu bei, dass der Konflikt sich in die Länge zog und Monate, ja Jahre weiterschwelte.

Im Verlauf des Jahres 1593 zeigte sich, dass hinter dem Zögern ein Kalkül stand, das nun aufging. Die eidgenössischen Orte verloren langsam, aber sicher das Interesse an der Auseinandersetzung, und unter der Landbevölkerung selbst entstand Uneinigkeit über das weitere Vorgehen. Diesen Moment nutzte der Rat für einen gezielten Schlag. Er liess die Rädelsführer verhaften und brachte seine Truppen in Stellung, sodass eine militärische Eskalation unvermeidlich erschien. Erst im letzten Moment entschärfte sich die Situation dadurch, dass die aufständischen Landbewohner bei Schloss Wildenstein einem Vermittlungsvorschlag Ryffs zustimmten. Ryff selbst führte diese Konfliktbeilegung auf seine überzeugende Rhetorik und geschickte Diplomatie zurück. Begünstigt wurde sie allerdings auch durch die wirtschaftlichen Umstände, die sich im Laufe des Jahres 1593 erheblich gebessert hatten.

Das Bemerkenswerte am Rappenkrieg ist somit, dass er im Grunde nicht stattgefunden hat. Dennoch war er für die weitere Beziehung zwischen Stadt und Landschaft von einschneidender Bedeutung. Der Rat hatte seine Entschlossenheit und seine Fähigkeit gezeigt, die eigenen Interessen gegenüber dem Willen der ländlichen Untertanen durchzusetzen. Der Empfang der ausgesandten Truppen und deren Defilee durch die Basler Gassen demonstrierte diesen städtischen Macht- und Herrschaftswillen und setzte damit ein Zeichen. Die Stadt-Land-Beziehungen in den folgenden Jahrzehnten, ja während des gesamten 17. Jahrhunderts folgten den damit etablierten Maximen eines konsequenten herrschaftlichen

Zugriffs.<sup>8</sup> So verschärfte der Rat besonders in den 1620er- und 1630er-Jahren ein weiteres Mal die Sittenpolitik und die Verwaltungspraxis und schreckte auch nicht davor zurück, neue Abgaben einzuführen. Immer wieder aufkommenden Protesten begegnete er souverän. Umgekehrt liess sich die Landbevölkerung von dem demonstrativen Herrschaftsanspruch der Stadt nur sporadisch beeindrucken. Zu grösseren Auseinandersetzungen und einem erneuten Konflikt kam es, nachdem 1627 – mitten im Dreissigjährigen Krieg – die sogenannte Soldatensteuer auf die Landschaft ausgeweitet wurde. Die Abgabe war aus Sicht der Landschaft nicht nur eine unzumutbare Belastung, sondern auch insofern illegitim, als sie der Finanzierung der Stadtgarnison diene, deren Einsatzdispositiv den Schutz der Stadt, nicht aber jenen der Landschaft vorsah. Als sie nach 1648 trotz nachlassender Bedrohungslage und sich verschlechternder Konjunktur nicht rückgängig gemacht wurde, brach der Konflikt offen aus. Wieder vermischten sich konkrete Forderungen – neben der Abschaffung der Steuer etwa der Verzicht auf eine Abgabe für zusätzliche Tische bei Hochzeiten – mit grundsätzlicher Kritik an den bestehenden Herrschaftsverhältnissen.<sup>9</sup>

In die Annalen der Stadt ist dieser Konflikt als ein weiterer Krieg, nämlich als ‹Bauernkrieg›, eingegangen. In mancherlei Hinsicht, beispielsweise was die Protestformen betrifft, erinnert er an den Rappenkrieg. Es gibt aber auch deutliche Unterschiede. Die Stadt sah sich von Beginn an vor allem in den oberen Ämtern – in Waldenburg, Farnsburg, Homburg, Ramstein und Liestal – mit einer hohen Gewaltbereitschaft konfrontiert. Diese gipfelte im Frühjahr 1653 darin, dass die Landbevölkerung erstmals in der Basler Geschichte den ausgesandten städtischen Truppen militärisch erfolgreich begegnen konnte. Wichtig für die Dynamik der Geschehnisse war zudem, dass sich die Basler Bauern – auch dies eine Neuheit in der eidgenössischen Geschichte – über kantonale Grenzen hinweg mit den Landleuten in Bern, Luzern und Solothurn in einem ‹Bauernbund› zusammenschlossen. An den Landsgemeinden in Sumiswald und Huttwil verliehen sie ihren Forderungen nach einer Umgestaltung der Machtverhältnisse mehr Gewicht und versprachen, gegenseitige militärische Hilfe zu leisten. Obwohl die Landleute in Bern und Luzern eine weitaus revolutionäres Stossrichtung verfolgten als die Basler Bauern und diese kompromissloser durchzusetzen versuchten, war die weitere Entwicklung des Krieges in Basel damit an den Verlauf in den übrigen eidgenössischen Orten gekoppelt. Das bedeutete einerseits, dass in Basel die Bedrohungslage stieg, als sich in Luzern und Bern die Lage weiter zuspitzte, andererseits jedoch, dass die Niederlage der Luzerner und Berner Bauernschaft gegen das von der Tagsatzung aufgebotene Heer im Mai 1653 fast zwangsläufig die Kapitulation der Basler Bauern nach sich zog.<sup>10</sup>



**52 Anonym, «Execution [...] der 7 vornehmsten Rebellen», 1653.** — Am Ende des Bauernkriegs verurteilte der Basler Rat sieben Bauern als Anführer zum Tod. Die Hinrichtungen waren öffentliche Ereignisse, die andere potenzielle Aufwiegler abschrecken sollten. Die grosse Menschenmenge war genauso Teil der herrschaftlichen Inszenierung wie das Schwert und der Galgen.

Trotz der kurzen Zeitspanne, in der sich die Ereignisse abspielten, war der Bauernkrieg eine Auseinandersetzung, die aufgrund der engen Verzahnungen von wirtschaftlichen und politischen Forderungen die städtische Herrschaft über die Landschaft in Basel und den übrigen betroffenen eidgenössischen Orten in ihren Grundfesten erschütterte. Mit ihren kantonsübergreifenden Landsgemeinden und Zusammenschlüssen signalisierten die Bauern, der Obrigkeit auf Augenhöhe begegnen zu wollen. Deshalb ist es nicht überraschend, dass die Stadt ihren Sieg und

damit ihre Herrschaft erneut inszenierte. Wie in Luzern, Bern und Solothurn hob der Rat örtliche Sonderrechte auf, forderte Reparationszahlungen und verurteilte die Anführer des Aufstands. Die sieben «vornembsten Rebellen» liess er in öffentlichen Schauprozessen hinrichten [52].

Dennoch waren die Auswirkungen vielschichtiger, als es diese Inszenierung vermuten liesse. In ökonomischen Fragen machte der Rat Zugeständnisse, darunter die Aufhebung der Soldatensteuer, die den Konflikt ausgelöst hatte. Geschuldet war dies der Einsicht, dass das Herrschaftsverhältnis der Stadt über das Land nicht allein auf seiner souveränen Durchsetzung beruhen konnte. Selbst Stadtbürger äusserten mit Blick auf die Ursachen des Bauernkriegs die Meinung, dass die Stadt «tyrannisches» Verhalten, etwa überhöhte Steuern und Abgaben oder eine willkürliche Justiz, vermeiden müsse, um die städtische Herrschaft auf ein solides Fundament zu stellen.<sup>11</sup> So setzte sich im Rat die Einsicht durch, dass neue Fiskalabgaben ohne Zustimmung der Landbevölkerung nicht erhoben werden konnten. Das Aufkommen der Seidenband- und Textilproduktion, mit der sich im späten 17. Jahrhundert die wirtschaftlichen und personellen Verstrickungen zwischen Stadt und Landschaft nochmals veränderten, trug zusätzlich dazu bei, dass nach 1653 offene Herrschaftskonflikte ausblieben.<sup>12</sup>

### **Phlegma und Pragmatik: Basel und der Dreissigjährige Krieg**

In den Auseinandersetzungen mit der Landschaft hatte die Stadt eigene Truppen ausgesandt, um die Rebellion gegebenenfalls militärisch zu unterbinden. Innerhalb der Stadtmauern und im Alltag der Bevölkerung war von den «Kriegen» allerdings wenig zu spüren. Nur dann, wenn die Truppen vor einem Auszug oder nach der Rückkehr den Stadtraum durchquerten, beeinflussten sie für kurze Zeit auch das Leben der Stadtbevölkerung. In den europäischen Konflikten, insbesondere im Dreissigjährigen Krieg, war die Situation genau umgekehrt. So sehr die Stadt sich bemühte, nicht in das Kriegsgeschehen involviert zu werden, so präsent war der Krieg im städtischen Alltag, zumindest als Bedrohungsszenario. Bereits 1618, kurz nach Kriegsausbruch, liessen sich Truppenbewegungen in unmittelbarer Nähe beobachten, als der Söldnerführer Ernst von Mansfeld (1580–1626) mit seinen Landsknechten, die zuvor in Italien gekämpft hatten, in Richtung Böhmen zog. Ab Mitte der 1620er-Jahre, nach dem Kriegseintritt Frankreichs aufseiten der protestantischen Reichsstände, verlagerte sich dann auch der Krieg selbst allmählich in den Süden des Reiches. Als der schwedische König Gustav Adolf (1594–1632) im Jahr 1630 aufseiten der bislang unterlegenen protestantischen



**53 Anonym, Zwei Kavaliers und der Tod vor Basel, 17. Jahrhundert.** — Die zwei Kavaliers in Trachten aus der Zeit des Dreissigjährigen Krieges verweisen ebenso auf diplomatische Verhandlungen wie auf Kriegshandlungen, die sich vor den Toren der Stadt abspielten. Krieg, Pest und Seuchen machten den Tod zu einer ständigen Bedrohung.

Mächte in den Krieg eintrat, im ganzen Reich aufsehenerregende Erfolge errang und 1632 mit seinen Truppen bis ins Elsass vorrückte, wurde der Oberrhein schliesslich zu einem zentralen Kriegsschauplatz.

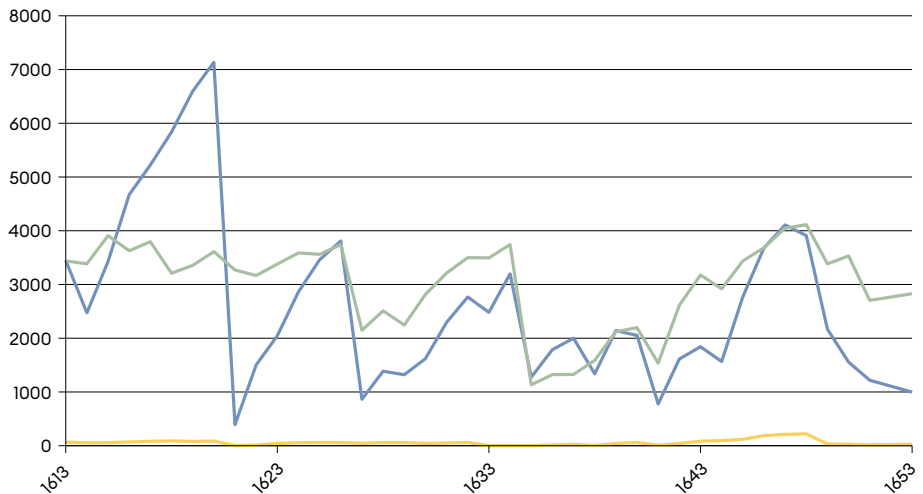
Basel konnte sich den Auswirkungen des Kriegsgeschehens nun nicht mehr entziehen. Zwar kam es nicht zu einem unmittelbaren Konflikt oder gar zur Besetzung der Stadt durch feindliche Truppen, aber die militärischen Auseinandersetzungen bestimmten von nun an das gesamte städtische Leben. Immer wieder zogen Truppen nahe der Stadt vorbei. 1633 bewegte sich ein kaiserliches Heer unter Führung des spanischen Herzogs von Feria (1587–1634) mit 25 000 Mann

vom Fricktal in das von Schweden belagerte Elsass. Die Landsknechte des Kriegsunternehmers Bernhard von Sachsen-Weimar (1604–1639) durchquerten 1638 sogar Basler Territorium.<sup>13</sup> Agenten der Kriegsparteien, insbesondere französische und schwedische Offiziere, streiften durch Stadt und Landschaft, um Söldner für ihre Truppen anzuwerben.<sup>14</sup> Kriegsvertriebene aus der Markgrafschaft und dem Elsass – österreichische Adlige genauso wie elsässische und Markgräfler Bauern – flüchteten nach Basel. Im Jahr 1638, auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegungen, als rund 7500 Personen in Basel Schutz suchten, verdoppelte sich die Einwohnerzahl kurzzeitig beinahe.<sup>15</sup> Grosse soziale und administrative Anstrengungen bezüglich der Unterbringung und der aufgrund von Exportsperren ohnehin kritischen Versorgungslage waren nötig, um diese angespannte Situation zu bewältigen. Was die Getreideversorgung betraf, kompensierte die Stadt ausfallende Lieferungen aus dem Sundgau, indem sie Käufe in Bern, Freiburg, Genf, Savoyen und im Fürstbistum Basel tätigte.<sup>16</sup> Hinzu kam, dass sich durch die Mobilität und Migration die Pest verbreitete und es in der Stadt mehrmals zu Ausbrüchen mit zahllosen Kranken und Toten kam. Als die Pestwelle 1629 ihren Höhepunkt erreichte, starben hier rund 2500 Personen.<sup>17</sup> Basel profitierte aber auch davon, dass herumziehende Händler, Geflüchtete und Soldaten Berichte und Gerüchte über das Kriegsgeschehen brachten. Die Stadt wurde zur Informationsdrehscheibe zwischen dem Oberrhein und der Eidgenossenschaft und somit zur Mittlerin von überregionaler Bedeutung.<sup>18</sup>

Auf all die Probleme und Herausforderungen, die sich aus der Nähe des Kriegs ergaben, musste der Rat Antworten finden. Vor allem aber war es seine Aufgabe, für die eigene militärische Sicherheit zu sorgen. Kam es zu Truppenbewegungen und militärischen Auseinandersetzungen in der Region, wuchs auch die Gefahr eines Übergreifens auf die Stadt. Um dieser Bedrohung zu begegnen, erwog der Rat verschiedene Möglichkeiten. Auf der Tagsatzung setzte er sich zum Schutz der Grenzen für eine gemeinsame eidgenössische Verteidigungspolitik ein, an der sich alle Orte beteiligen sollten – ungeachtet ihrer konfessionellen Differenzen und der damit einhergehenden Loyalitäten zu den Kriegsparteien. Doch die Interessen gingen so weit auseinander – Zürich etwa plädierte lange für konfessionelle Sonderbündnisse –, dass es erst 1647 mit dem ‚Defensionale von Wil‘ zu einer gemeinsamen Haltung in der Sicherheitspolitik kam, die zudem vor allem dem Schutz der eidgenössischen Grenzen im Osten diente.<sup>19</sup> Deshalb setzte der Rat auf eigene militärische Anstrengungen. Schon 1622 hatte er den Bestand der Stadtgarnison erhöht, der während der Kriegsjahre rund vier- bis neunhundert Bürger, Landbewohner und eigens dafür angeworbene Söldner umfasste.<sup>20</sup> Zudem

erwog er nach dem Vorbild von Zürich und Genf den Bau einer Festung. Dies war die kostspieligste, angesichts der Bedrohungssituation aber auch überzeugendste Option. Denn eine Festung bot nicht erst bei einer Belagerung wirksamen Schutz. Sie hatte auch eine abschreckende Funktion, demonstrierte eine Stadt damit doch weithin sichtbar ihre Souveränität und Wehrfähigkeit. Festungsbauten konnten militärische Aktionen also schon im Vorfeld verhindern.

### Getreidevorräte in der Stadt Basel, 1613–1653



**54** Dinkel und – in geringerem Masse – Roggen zum Backen von Brot sowie Hafer als Futter für die Pferde waren für die Versorgung der Stadt und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner essenziell. Um Engpässe ausgleichen zu können, legte die Obrigkeit in ertragreichen Jahren Getreidevorräte an, die sie in Krisenzeiten vergünstigt an die Bevölkerung abgab. 1621 etwa – im vierten Jahr des Dreissigjährigen Kriegs – versorgte die Stadt auf diese Weise zahlreiche Flüchtlinge (Angaben nach Stritmatter 1977, S. 115).

— Dinkel (in Viernzeln)  
 — Hafer (in Viernzeln)  
 — Roggen (in Viernzeln)  
 Ein «Viernzel» entsprach zwei «Säcken» à je 137 l.

Die Ausgangssituation war für Basel allerdings alles andere als optimal. Zu Beginn des Dreissigjährigen Krieges verfügte die Stadt über kaum mehr als die mittelalterlichen Stadtmauern. In diesem Zustand konnten die Mauern einem Artillerieangriff, der dem neuzeitlichen Stand der Militärtechnik entsprach, nicht standhalten. Auch liessen sich auf den schwach ausgebauten Türmen selbst keine Kanonen aufstellen. Die Diskussionen, wie dies zu ändern sei, hatten eine lange Vorgeschichte.<sup>21</sup> Bereits 1588 hatte der renommierte Festungsbauer Daniel Specklin (1536–1589) auf die Mängel hingewiesen und vier Varianten erarbeitet, wie die Stadt durch mehr oder weniger umfangreiche bauliche Massnahmen – die Realisierung einer ‹Bastionsanlage› – effizienter geschützt werden könnte.<sup>22</sup> Für die Umsetzung seiner Pläne liess sich, nicht zuletzt aus Kostengründen, im Rat allerdings keine Mehrheit finden – eine Haltung, die insbesondere die Basler Geistlichkeit vehement kritisierte. Auch zu Beginn des Dreissigjährigen Krieges wurde die Forderung nach einem Aus- und Umbau der Befestigungsanlage als Erstes auf den Kanzeln laut. Ein neuer, dem aktuellen Stand der Bastionsarchitektur entsprechender Entwurf sollte in Auftrag gegeben werden. Der Rat kam nach einigem Zögern dieser Forderung nach und beauftragte 1622 nochmals einige europaweit renommierte Ingenieure und Architekten mit der Planung und Realisierung eines neuen Festungswerks. Auch diesmal kam es nicht zu einem schnellen Beginn von Baumassnahmen, im Gegenteil: Zwar lag schon 1623 ein Plan des französischen Feldherrn und Schriftstellers Théodore-Agrippa d’Aubigné (1552–1630) vor, der nicht weniger als zweiundzwanzig Bastionen rund um die Stadt vorsah. Auch konnte die Obrigkeit zu dessen Umsetzung mit Johannes Faulhaber (1580–1635) einen der angesehensten zeitgenössischen Mathematiker und Baumeister gewinnen, der mit einer Gruppe von Fortifikationsbauern schon bald danach nach Basel kam. Vor Ort aber zeigte er sich wenig angetan von d’Aubignés Plan, redimensionierte ihn erheblich und stellte die Arbeiten schliesslich ganz ein, als er eine Stellung in seiner Heimatstadt Ulm angeboten bekam. Als Prinz Moritz von Oranien (1567–1625), den der Rat um eine zusätzliche Expertise gebeten hatte, d’Aubignés Plan ebenfalls ablehnte, übernahm der Pfälzer Ingenieur Adam Stapf (1550–1624) die Leitung der Baumassnahmen auf der Basis von neuen Plänen, die zunächst der niederländische Festungsbauer Johan van Valckenburgh (1575–1625), dann Stapf selbst erarbeiteten. Erneut wurde die Umsetzung nach kurzer Zeit unterbrochen, als Stapf 1624 verstarb. In der Folge zog sich der Rat wieder auf seine alte, abwartende Position zurück. Man beschränkte sich darauf, anhand von Plänen theoretische Diskussionen über die Befestigung der Stadt zu führen. Sobald es um eine Realisierung ging,



↑ 55 Joseph Werner d. J., **Porträt von Jakob Meyer, 1654.** — Der Basler Mathematiker und Lehrer Jakob Meyer (1614–1678) liess sich noch 1654 mit einem der vielen nie realisierten Pläne zum Basler Festungsbau abbilden.

← 56 **Hinterlader-Geschütz, 1614.** — Während des Dreissigjährigen Krieges investierte die Obrigkeit in grösserem Umfang in die militärische Aufrüstung. Das Hinterlader-Geschütz, das Basel vor 1634 kaufte, konnte auf Türmen positioniert werden und auch weiter entfernte Ziele treffen.

→ 57 **Daniel Specklin, Entwurf zur Befestigung Basels, 1588.** — An den Plänen zur Befestigung Basels arbeiteten verschiedene berühmte Ingenieure und Baumeister. Die ersten Entwürfe stammten von Daniel Specklin, dessen weitreichendster Vorschlag vorsah, die bestehende Mauer durch eine mit Bastionen verstärkte Ringmauer zu ersetzen. Jede Bastion sollte so ausgerichtet werden, dass sie im Falle eines Angriffs von der Nachbarsbastion aus gedeckt werden konnte. Letztlich scheiterte jedoch ein umfassender Umbau der Festungsanlagen.

zögerte und zauderte man jedoch, bis veränderte Umstände eine erneute Planung nötig machten.<sup>23</sup>

Die abwartende und zögerliche Haltung der Obrigkeit, wie sie sich mit Blick auf den Ausbau der Festungsanlagen zeigt, ist symptomatisch für die Basler Ratspolitik nicht nur im Dreissigjährigen Krieg, sondern auch in den Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Vor einer klaren Festlegung und den daraus resultierenden Konsequenzen schreckte der Rat meist zurück. Stattdessen versuchte er, die Dinge in der Schwebelage zu halten, den Handlungsfluss gegebenenfalls zu unterbrechen, endgültige Entscheidungen hinauszuzögern und so eventuell drohende negative Folgen zu vermeiden. Auch in macht- und bündnispolitischen Fragen verweigerte der Rat eine eindeutige Positionierung. Als in den 1630er-Jahren Rat und Geistlichkeit in Zürich unter Verweis auf konfessionelle und politische Loyalitäten auf ein Bündnis der reformierten Eidgenossenschaft mit Schweden drängten, plädierte er für Zurückhaltung.<sup>24</sup> Ebenso strebte der Militärunternehmer Bernhard von Sachsen-Weimar, der in französischen Diensten aufsehenerregende Erfolge am Oberrhein errang, in den 1630er-Jahren vergebens eine wirtschaftliche Annäherung Frankreichs an Basel und andere reformierte Orte an. Vielmehr beklagte der Agent, der in Basel und Bern Bernhards Geschäfte abwickelte, den «phlegmatischen alten Tand» der eidgenössischen Orte, die den Krieg am liebsten weit von ihren Grenzen entfernt sähen, um «in stiller Ruhe sitzen bleiben» zu können.<sup>25</sup>

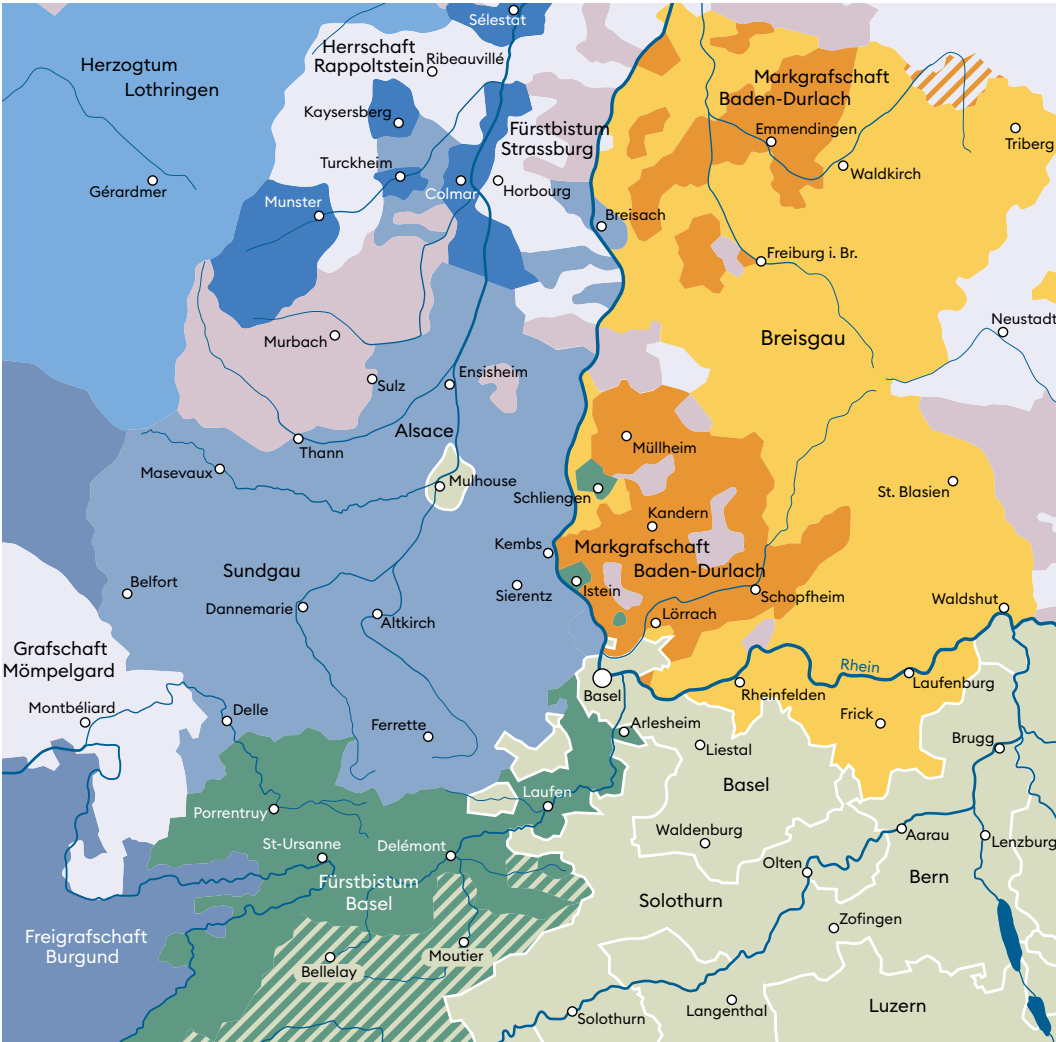
Das hier angesprochene Phlegma, das auch in militärstrategischen Traktaten der Zeit als Handlungsoption diskutiert wurde, mit gleichgültiger Passivität gleichzusetzen, wäre allerdings falsch. Denn an der Schwelle von Handeln und Nicht-Handeln, die durch das notorische Zaudern markiert wurde, eröffneten sich immer wieder neue Möglichkeiten – die sich im Falle Basels als lohnend erwiesen. Zum Beispiel bestand eine dieser Möglichkeiten darin, wirtschaftlich vom Schwebezustand zu profitieren. So tätigten Basler Kaufleute mit allen Kriegsparteien Geschäfte. Basler Händler und Bauern versorgten die Truppen Bernhards von Sachsen-Weimar, die er in den Wintermonaten im Fürstbistum Basel einquartierte, mit Lebensmitteln, was der Landbevölkerung, wie diese rückblickend selbst erkannte, eine «Kriegskonjunktur» bescherte.<sup>26</sup> Ein weiteres wichtiges «Exportprodukt» waren die Bürger und Untertanen, die als Offiziere oder Soldaten in den Söldnerheeren dienten. Zudem war Basel als Finanzplatz in das Kriegsgeschehen involviert. Basler Bürger, Zünfte und die Stadt selbst gewährten finanzschwachen Fürsten, etwa in Württemberg oder der Markgrafschaft, Kredite und Darlehen, die sich gemäss einem nach Kriegsende erstellten Verzeichnis auf die hohe Summe

von über 500 000 Gulden beliefen.<sup>27</sup> Dank solcher Geldgeschäfte und dem Handel konnten einzelne Kaufmanns- und Ratsfamilien ihr Vermögen während des Krieges erheblich vermehren, während andere noch Jahre über das Kriegsende hinaus mit dem Eintreiben ausstehender Zinsen und der Rückzahlung der Gelder beschäftigt waren.<sup>28</sup> Phlegmatisches Zögern und pragmatisches Handeln bedingten sich also gegenseitig: Das Zaudern in bündnispolitischen Fragen ermöglichte es Basel, nach allen Seiten Geschäfte zu tätigen. Die emsige Handelstätigkeit und die dadurch geschaffenen Abhängigkeiten und Loyalitäten wiederum erlaubten es der Stadt, Massnahmen zum eigenen Schutz hinauszuschieben. So bewirkte der fortwährende Handlungsaufschub, dass alle Kriegsparteien ein Interesse daran hatten, Basel wie die übrige Eidgenossenschaft bis zum Ende aus dem Kriegsgeschehen herauszuhalten.<sup>29</sup>

### **Neue Nachbarn, neue Bedrohungen und neue Chancen nach 1648**

Als nach dreissig Jahren Krieg und monatelangen Verhandlungen in Münster und Osnabrück der ‚Westfälische Friede‘ in Kraft trat, beendete er nicht nur die militärischen Auseinandersetzungen, sondern regelte die Staatenwelt Europas neu. Das Jahr 1648 markiert damit einen Wendepunkt in der europäischen und auch der Schweizer Geschichte, da er die Souveränität der eidgenössischen Orte festschrieb. Eine besondere Rolle spielte hierbei Johann Rudolf Wettstein, der deshalb im Basler kollektiven Gedächtnis seinen festen Platz hat. Wettstein, der als Bürgermeister am europäischen Gesandtenkongress in Westfalen teilnahm, hatte eigentlich den Auftrag, Basel aus der Gerichtsbarkeit des Reichskammergerichts herauszulösen sowie die ihn mandatierenden reformierten Orte in die Friedensverträge einzubinden. Auf Anraten des französischen Kongressgesandten weitete er im Laufe seines elf Monate dauernden Aufenthalts in Westfalen sein Mandat jedoch aus. Nun setzte er auf die vollständige Loslösung der Eidgenossenschaft aus dem Reichsverbund und die Erlangung der völkerrechtlichen Souveränität – ein in der Eidgenossenschaft zuvor noch wenig bekanntes Konzept. Obwohl Wettstein weder berechtigt war, direkt an den Verhandlungen teilzunehmen, noch die Legitimation aller eidgenössischen Orte besass, gelang es ihm mit diplomatischem Geschick, die Souveränität der Eidgenossenschaft in den Friedensverträgen zu verankern. Der entsprechende Passus bedeutete, dass «die Stadt Basel und die übrigen Orte der Eidgenossenschaft sich im Besitze voller Freiheit und der Exemption vom Reich befinden und auf keine Weise den Reichsgerichten unterworfen sind».<sup>30</sup> Damit war eine Basis geschaffen, auf der Basel, wie die anderen eidgenössischen

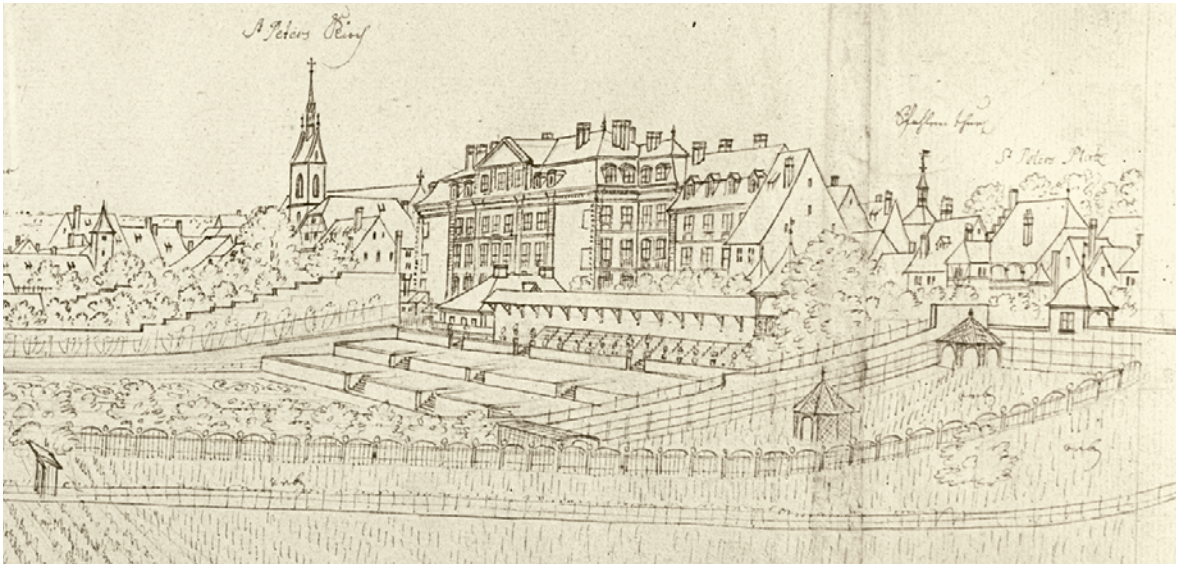
## Die Region Basel 1648



**58** Infolge des Westfälischen Friedens verlor Habsburg den Sundgau an Frankreich. Fortan grenzte französisches Territorium unmittelbar an die Stadtgrenze. Der Oberrhein und die Waldstädte blieben aber Teil Vorderösterreichs, sodass sich eine komplexe, für Basel gleichermassen gefährliche wie chancenreiche Gemengelage ergab.

- Eidgenössische Orte und Untertanen
- Elsässische Städte (Dekapolis) unter französischer Oberherrschaft
- Vorderösterreich
- Freigrafschaft Burgund
- Markgrafschaft Baden-Durlach
- Weitere weltliche Herrschaften
- Fürstbistum Basel
- Eidgenössische Bündnisse im Fürstbistum
- Königreich Frankreich
- Herzogtum Lothringen

0 20 km



**59 Emanuel Büchel, Skizze des Markgräflerhofs, 1746.** — Die Markgrafen von Baden-Durlach waren seit dem 14. Jahrhundert in der Stadt präsent. Im Zuge des Pfälzischen Erbfolgekriegs (1688–1697) verlegte Markgraf Friedrich VII. Magnus 1689 seinen Wohnsitz

für einige Jahrzehnte nach Basel. Nach einem Brand seines Hauses liess er um 1700 seine Besitzungen an der Hebelstrasse zu einem barocken Stadtpalais von eindrücklichen und das Stadtbild in der Folgezeit noch lange prägenden Ausmassen ausbauen.

Orte, in den folgenden Jahren eine neue Politik betreiben konnte. Symbolisch zeigte sich diese «Exemption» in folgenden Akten: Der Rat entfernte den Reichsadler von den Basler Talern, verzichtete bereits ab 1651 darauf, am Schwörtag die kaiserlichen Privilegien zu verlesen, und unterliess es ab 1672, die Stelle eines Reichsvogts zu besetzen.<sup>31</sup>

Neben der Befreiung von der Reichsgerichtsbarkeit war aus Basler Sicht eine weitere bedeutende Folge des Westfälischen Friedens, dass sich die territorialen Verhältnisse am Oberrhein veränderten. Der vormals habsburgische Sundgau und zehn elsässische Reichsstädte – mit dem Frieden von Nimwegen (1679) schliesslich fast das gesamte Elsass – fielen an die französische Krone. Frankreich wurde damit zur neuen Hegemonialmacht in der Region [58]. Da die militärische Konfrontation Frankreichs mit dem Reich damit aber nicht beendet war, blieb der Oberrhein bis zum Ende des Jahrhunderts Kriegsschauplatz<sup>32</sup> und Basel als Handels- und Finanzplatz sowie als Zufluchtsort für Flüchtlinge aus Frankreich und der Markgrafschaft in den Krieg involviert. Dies zeigte Auswirkungen auf die Gesellschaft wie auf das

Stadtbild. Denn unter den Geflüchteten waren, besonders nach der Aufhebung des Edikts von Nantes (1685), zahlreiche Adlige, französische Calvinisten genauso wie der Markgraf von Baden-Durlach selbst. Sie trugen ihr ständisches Selbstverständnis und Repräsentationsbedürfnis ostentativ in den städtischen Raum, wie sich vor allem am neu gebauten Markgräflerhof zeigte [59].<sup>33</sup>

Permanent sichtbar wurden die neuen territorialen Verhältnisse am Oberrhein und die damit einhergehende militärische Bedrohung, als Ludwig XIV. zwischen 1679 und 1688 zum Schutz des Elsass und als Ausgangspunkte für Offensiven eine Reihe von Festungen bauen liess, darunter die Festung Hüningen direkt vor den Toren der Stadt. Entsprechend versuchte der Basler Rat den Bau zu verhindern und schlug dem französischen König stattdessen vor, die benachbarten habsburgischen Landstädte mithilfe eidgenössischer Truppen zu neutralisieren oder Hüningen gleich in die Eidgenossenschaft zu integrieren.<sup>34</sup> Auch später drängte der Basler Rat immer wieder und teilweise unterstützt von den übrigen eidgenössischen Orten auf die Schleifung der Festung und, als sich dies als aussichtslos erwies, auf einen effizienten Grenzschutz.<sup>35</sup> Hinter dem Wunsch nach Schleifung standen nicht zuletzt handfeste wirtschaftliche Interessen, denn Basel erhielt noch immer Abgaben aus dem alten Hüniger Klosterbesitz von St. Alban, die durch die Zerstörung der Felder wegen des Festungsbaus geschmälert wurden.<sup>36</sup>

Die Festung Hüningen blieb bis zu ihrer Schleifung (1815) eine Bedrohung für Basel, bot aber auch Chancen. Über Hüningen konnte die Stadt ihre Beziehungen zum französischen König pflegen, der noch immer der wichtigste Allianzpartner der eidgenössischen Orte war. Bereits 1681 huldigte eine eidgenössische Gesandtschaft Ludwig XIV., als dieser die Fortschritte des Festungsbaus vor Ort begutachtete.<sup>37</sup> Der König sah sich veranlasst, den Bedenken der Basler Elite bezüglich des Festungsbaus mit der Zahlung von Pensionen zu begegnen. Dies war nicht der einzige finanzielle Profit, den die Stadt aus den neuen Verhältnissen schlug. Denn für die französischen Festungen am Oberrhein stellte Basel eine wichtige Drehscheibe für Geld, Getreide und andere kriegswichtige Güter dar. Auch für die Versorgung der rund sechzig Kilometer nördlich von Basel gelegenen Festung Breisach, die seit 1639 von Frankreich kontrolliert wurde, spielten in Basel agierende Kaufleute eine bedeutende Rolle. Im weitreichenden Netzwerk des langjährigen Festungskommandanten, des Berner Militärunternehmers Hans Ludwig von Erlach (1595–1650), bildete Basel einen eigentlichen Knotenpunkt. Zwischen 1638 und 1640 agierte von hier aus Marx Konrad von Rehlingen (1576–1642), der Gelder von Frankreich nach Breisach transferierte, von Erlach Kredite gewährte und die Versorgung der Festung organisierte. Auch Basler Kaufleute

*Lage von Klein Hüningen.*



*1. Klein Hüningen. 2. Neuhaus. 3. Otterbach. 4. Wiesenfluss. 5. Wiesenbrücke  
6. Vndere Klübin. 7. Obere Klübin. 8. Horburg. 9. Bascl. Festung. Hüningen.  
10.*

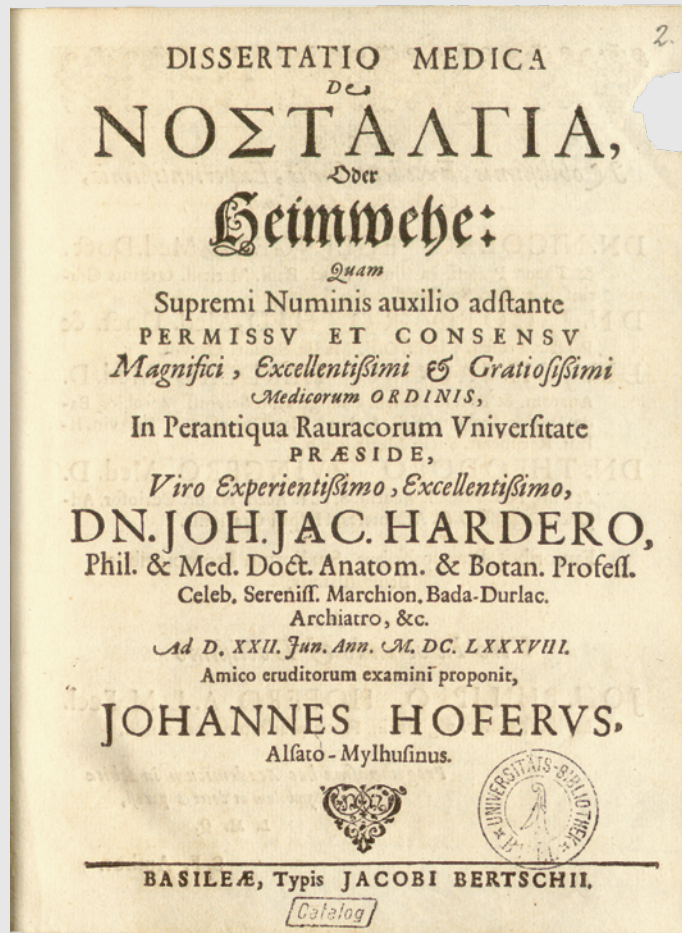
**60 Emanuel Büchel, «Lage von Klein Hüningen», 1749.** — Unmittelbar vor den Toren der Stadt zeigt Emanuel Büchel die Festung Hüningen. Sie wurde zwischen 1679 und 1691 nach Plänen des berühmten französischen Festungsbauers Sébastien Le Prestre de Vauban (1633–1707) errichtet und bestand, dem zeitgenössischen Ideal entsprechend, aus einem Pentagon mit fünf Bastionen.

waren Teil dieses Geschäftsmodells. Daniel Iselin beispielsweise wickelte im Auftrag Frankreichs Wechsel- und Kreditgeschäfte in Breisach ab und unterstützte von Erlach dabei, die Festung mit Informationen und Gütern zu versorgen.<sup>38</sup> Dies unterstreicht nochmals, wie sehr die neuen Verhältnisse zwischen Bedrohung und wirtschaftlichem Profit oszillierten und wie wirksam eine städtische Politik war, die sich der eindeutigen Positionierung verweigerte, um Optionen offenzuhalten und neue Möglichkeiten zu schaffen.

# «Nostalgia» – Heimweh, die Schweizer Krankheit

Mit Heimweh verbindet man heute ein trauriges Gefühl, das uns in der Fremde als Sehnsucht nach der Heimat befallen kann. Um 1800 galt Heimweh hingegen als eine schwere, letztlich tödliche Krankheit, die in der Medizin unter dem Fachbegriff der «Nostalgia» diskutiert wurde und in Literatur und Kultur sehr präsent war. Anders als etwa Hysterie oder Melancholie reicht die «Nostalgia» als psycho-

somatisches Krankheitsbild nicht in die Antike zurück, sondern wurde Ende des 17. Jahrhunderts in einer Basler Dissertation erstmals wissenschaftlich behandelt. Dass der Heimweh-Begriff seine Prägung in Basel fand, ist kein Zufall, galt doch Heimweh zeitgenössisch als Schweizer Krankheit, die besonders im Umfeld der eidgenössischen Söldner in Europa auftrat.



61 Titelblatt der «Dissertatio medica de Nostalgia, oder Heimwehe» von Johannes Hofer, 1688.

Begründet wurde die Vorstellung von Heimweh als Krankheit vom Mülhauser Medizinstudenten Johannes Hofer (1669–1752) in seiner 1688 eingereichten «Dissertatio medica De Nostalgia, oder Heimwehe».<sup>39</sup> Es handelt sich um eine gewöhnliche Prüfungsarbeit, die jedoch ungewöhnlich wirkungsmächtig wurde. In Anlehnung an das volkssprachliche «Heimwehe» führte Hofer als Neologismus den griechischen Begriff «Nostalgia» ein, gebildet aus *nóstos* (Rückkehr) und *álgos* (Leid). Heimweh als Schweizer Dialektwort ist nur unwesentlich älter, als Erstbeleg gilt eine Sammlung von Schimpfreden 1651. Für die Zeit davor behalf man sich sprachlich anders, wie das Beispiel Felix Platters zeigt, den in Avignon seiner Lebensbeschreibung zufolge auf der Reise an seinen Studienort Montpellier «ein solch verlangen, in mein vatterlandt wider zereissen, ankommen [= überkam], das ich in stal gieng zuo meinem rößlin, umfieng es und weinet».<sup>40</sup>

Gemäss Johannes Hofer handelt es sich bei der Nostalgie um eine «symptoma imaginationis laesae», das heisst um den Ausdruck einer angegriffenen Einbildungskraft, die einseitig Bilder der Heimat hervorbringt, was Traurigkeit, Ermattung oder Herzrasen auslöst und sich zu Delirien bis hin zum Tod steigern kann. Als Therapie kommt letztlich nur die Heimreise infrage. Ursache ist eine Fehlleitung der «spiritus animales», der Lebensgeister im Gehirn, die verstärkt diejenigen Faserbahnen durchfliessen, welche das Heimweh-Gefühl evozieren. Da Hofer mit der Spiritus-Lehre ein antikes Konzept mit der cartesianischen Vorstellung der faserartigen Struktur des Gehirns kombinierte, lässt sich seine Dissertation

als Ausdruck des Umbruchs deuten, den die Medizin im Spannungsfeld von Tradition (Antike) und Innovation (Descartes, Harvey) im späten 17. Jahrhundert durchlebte.

Hofers Wortschöpfung wurde im 18. Jahrhundert breit rezipiert. Nebst einigen Nachdrucken und weiteren medizinischen Abhandlungen fand der Heimweh-Begriff rasch Eingang in die Lexikografie, in Wörterbücher und in Reiseberichte. Heimweh blieb jedoch bis etwa 1780 eine als typisch schweizerisch wahrgenommene Krankheit im Kontext des eidgenössischen Söldnerwesens. Wichtige Beiträge zur Theoriebildung lieferten 1705 der Zürcher Naturforscher Johann Jakob Scheuchzer (1672–1733), der im höheren Luftdruck, welcher im Tiefland im Gegensatz zur alpinen Heimat herrscht, eine zentrale Ursache für Heimweh erkannte, sowie 1710 der Basler Mediziner Theodor Zwinger (1658–1724), der auf die besondere Gefahr des Kuhreigens hinwies, einer gesungenen oder auf Alphörnern gespielten Schweizer Hirtenmusik, welche die Söldner für Heimweh anfällig machen würde.

Nach 1780 überschreitet der Heimweh-Begriff seinen engen medizinischen Bezugsrahmen und wird mit der Romantik zu einem zentralen literarischen Thema, bis hin zu Johanna Spyris «Heidi» (1880), dem Heimweh-Klassiker schlechthin. Wurde das Wort Heimweh noch im 18. Jahrhundert als Helvetismus wahrgenommen, änderte es sich nun zu einer hochsprachlichen Bezeichnung. Der Nostalgie-Begriff bleibt gar bis weit ins 20. Jahrhundert ein medizinischer Fachterminus und entwickelte erst in der Moderne das heute geläufige Verständnis einer sentimentalischen Sehnsucht nach der alten Zeit.<sup>41</sup> **Lorenz Heiligensetzer**

## Unternehmer, Söldner, Diplomaten: Basler Akteure in Europa

Der Erfolg einer Politik, die den Handlungsaufschub zu ihrem Markenzeichen machte und gerade dadurch immer wieder neue Chancen und Möglichkeiten generierte, hing von vielen Voraussetzungen ab. Den einfachen Weg, Eigenständigkeit zu behaupten, indem man sich von den europäischen Geschehnissen abkoppelte, gab es nicht. Im Gegenteil war die Lage der Stadt im 17. Jahrhundert durch ein komplexes Beziehungsgeflecht geprägt. Dieses manifestierte sich vor Ort in der Mannigfaltigkeit möglicher Bewegungen: Truppenaufmärsche und Flüchtlingsströme, diplomatische Missionen und Gesandtschaften, Emigrationen und Remigrationen, Geld- und Warenflüsse. Aber auch ausserhalb der Stadt waren Basler Akteure als Unternehmer, Söldner und Diplomaten aktiv, um Kontakte zu knüpfen und Basler Interessen zu vertreten.

### **Auf diplomatischem Parkett in der Eidgenossenschaft und in Europa**

Eine der wichtigsten Gruppen bei der Anbahnung und Pflege der Verbindungen Basels zu anderen Regionen und Akteuren waren die Vertreter des Rats, allen voran die Bürgermeister beziehungsweise die diplomatischen Gesandten, die zu offiziellen Verhandlungen geschickt wurden. Die Eidgenossenschaft war mehr Staatenbund als Staat, und so pflegte Basel diplomatische Beziehungen zu den eidgenössischen Orten ebenso wie zu einzelnen Staaten und Territorien ausserhalb der Eidgenossenschaft. In der Regel bot die Tagsatzung den institutionellen Rahmen für die Kontakte nach innen und aussen. Ständige Vertretungen oder professionelle Diplomaten gab es allerdings bis zum Ende der Frühen Neuzeit nicht. Im Laufe des 17. Jahrhunderts entstand dann ein neuer Typus des Spitzenpolitikers, der nicht nur in der örtlichen oder städtischen Politik, sondern auch und vor allem auf diplomatischem Gebiet tätig war und Erfolge feierte.<sup>42</sup> Johann Rudolf Wettstein ist hierfür exemplarisch. Er leitete als Bürgermeister die Sitzungen des Kleinen Rats, nahm an den Treffen anderer städtischer Gremien teil und regelte Angelegenheiten in Stadt und Umland, beispielsweise die Strafgerichtsbarkeit nach der Niederschlagung des Bauernkriegs. Zudem war er immer wieder in der Eidgenossenschaft und in Europa unterwegs, sei es als Basels Gesandter an Tagsatzungen, Jahrrechnungen oder Münztagen, sei es als eidgenössischer Diplomat an Fürstenhöfen und Kongressen. Von seinen häufigen Abwesenheiten zeugen

**62 Anonym, Porträt von Johann Rudolf Wettstein, 18. Jahrhundert.** — Der Basler Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein wurde schon von seinen Zeitgenossen verehrt. Für seine Verdienste stifteten ihm Basler Kaufmannsfamilien den berühmten Wettstein-Pokal, und Kaiser Ferdinand III. verlieh ihm 1653 den Adelstitel. Auf dem Porträt aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist er mit der Dokumentensammlung zu seiner Mission in Westfalen sowie mit dem Gnadenpfennig des Kaisers zu sehen.



seine zahlreichen Briefe an Frau und Familie, die für ihn seine heimischen Geschäfte abwickelten, beispielsweise die korrekte Einlagerung des in seinen Rebbergen in der Stadt und in Riehen angebauten Weins.<sup>43</sup> Verpflichtungen auf eidgenössischer Ebene waren für Basler Bürgermeister und Ratsherren besonders häufig. Basel war wie Solothurn, Freiburg, Schaffhausen und Appenzell seit seinem Eintritt in den eidgenössischen Bund 1501 vertraglich gebunden, bei innereidgenössischen Konflikten «stillzusitzen», also nicht Partei zu ergreifen, sondern im Gegenteil zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Dies verlangte teils aufwendige diplomatische Anstrengungen, die neben der Präsenz auf Tagsatzungen und Briefkorrespondenzen häufig auch Sondergesandtschaften in die verschiedenen Orte umfassten.

In Basel nahmen Bürgermeister und Ratsherren diese Schiedsrolle besonders ernst. Im 17. Jahrhundert, als sich die konfessionellen Blöcke innerhalb der Eidgenossenschaft zunehmend gefestigter präsentierten und religiöse Streitfragen häufig vorkamen, entwickelte sich Basel geradezu zum «Vorort» der fünf Schiedsorte. Die Stadt vermittelte in Konflikten zwischen Bern und dem Fürstbischof von Basel,

zwischen Bern und Freiburg, zwischen Zürich und den Inneren Orten, im Glarner Religionsstreit (1683) sowie zwischen den reformierten und den katholischen Orten in den beiden Villmergerkriegen (1656 und 1712).<sup>44</sup> Diese Schiedsrolle gewichtete der Rat häufig höher als die konfessionelle Solidarität. Im Vorfeld des Ersten Villmergerkrieges wirkten Basler Gesandte unter der Führung Wettsteins der religiös begründeten, kriegstreibenden Politik der Zürcher Geistlichkeit und politisch-militärischen Elite mit politischen und rechtlichen Argumenten entgegen, indem sie auf die Autonomierechte der katholischen Orte in religiösen Fragen hinwiesen. Trotz entsprechender Vorhaltungen und Drohungen Zürichs und Berns ergriff Basel auch während der militärischen Auseinandersetzung nicht Partei. So gelang es Wettstein, der sich in jenen Jahren geradezu zur Integrationsfigur der vermittelnden Orte entwickelte, auf einen Waffenstillstand und nach mehreren Einzelverhandlungen schliesslich auf einen neuen Landfrieden hinzuwirken.<sup>45</sup>

Die Schiedsrolle darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch Basler Spitzenpolitiker des 17. Jahrhunderts unterschiedliche aussenpolitische Präferenzen hatten. Wettstein orientierte sich am Wiener Hof und gehörte damit zu jener Gruppe von Ratsmitgliedern, die in den guten Beziehungen zu Habsburg eine entscheidende Prämisse der Basler Politik sahen. Ihnen stand eine bedeutende profranzösische Partei gegenüber, die guten Beziehungen zum französischen Hof Priorität einräumte – nicht zuletzt, weil Frankreichs Territorium seit den Westfälischen Friedensverträgen unmittelbar an den Stadtgrenzen begann. Darüber hinaus pflegten Ratsmitglieder intensive Kontakte zu einzelnen Reichsständen, wobei es zum Markgrafen von Baden besonders enge Verbindungen gab. Wie sich all diese Elemente in einer diplomatischen Basler Karriere verdichten konnten, zeigt die Biografie von Johann Rudolf Faesch (1668–1751). Nach einem Jurastudium trat er zunächst in den Dienst des Markgrafen, in dessen Auftrag er etwa als Gesandter am französischen Hof war. Schon in dieser Zeit hielt er engen Kontakt mit dem Trierer Kurfürsten und dem Herzog von Württemberg, an dessen Hof er später Geheimer Rat wurde. Als württembergischer Minister leitete er wiederum eine Gesandtschaft in Paris, wo er auch in Basler Angelegenheiten tätig wurde. Später kehrte er nach Basel zurück, um hier seinen Lebensabend zu verbringen.<sup>46</sup>

Die Vielfalt der Beziehungen, die Baslerinnen und Basler unterhielten, lässt sich, wie die Beispiele von Wettstein und Faesch zeigen, nicht auf einen bestimmten politischen Nenner bringen. Trotz oder möglicherweise gerade auch wegen der divergierenden Interessen innerhalb der Stadt plädierte Basel auf den Tagsatzungen auch in bündnispolitischen Fragen für Zurückhaltung – im Unterschied beispielsweise zu Zürich, das sich nicht nur während des Dreissigjährigen Krieges

stärker an konfessionspolitischen Prämissen ausrichtete.<sup>47</sup> Auch in europäischen Konflikten konnte Basel unter diesen Voraussetzungen als Vermittlerin auftreten und damit auf diplomatischem Feld die Politik der militärischen und wirtschaftlichen Offenheit absichern. Vor allem die Lage am Oberrhein hielt man dabei stets im Blick und versuchte sie so zu gestalten, dass eine militärische Bedrohung ausgeschlossen war, ökonomische Transaktionen hingegen befördert wurden. Insbesondere die Basler Kaufleute waren an offenen Märkten und dementsprechend guten Beziehungen zu den nördlichen Nachbarn interessiert. Ihnen gelang es immer wieder, sich als Zwischenhändler zu positionieren, wenn das Reich und Frankreich sich gegenseitig mit Wirtschafts- und Handelsboykotten belegten, und sie begannen selbst französische Textilprodukte nachzuzahlen und ins Reich zu verkaufen.<sup>48</sup>

### **Militärunternehmer, Offiziere und Söldner in fremden Diensten**

Die politische Prämisse, nicht in einen militärischen Konflikt involviert zu werden, galt für die Stadt als Ganzes, nicht jedoch für alle Einwohner und Bürger. Zwar waren die ›fremden Dienste‹ in Basel nicht so verbreitet wie in anderen eidgenössischen Orten. Aber auch Basler fanden, häufig zum Ärger von Rat und Geistlichkeit, hierin ihr finanzielles Auskommen, einige machten sogar Karriere in den europäischen Kriegen ihrer Zeit. Junge Männer verpflichteten sich zum Dienst in einem fremden Heer, der nicht nur einen regelmässigen Sold versprach, sondern im Falle des militärischen Erfolgs auch Beuteanteile in Aussicht stellte. So nahmen Basler im 17. Jahrhundert als ›Reisläufer‹ unter anderem in französischen, spanischen, schwedischen, sächsischen und bayerischen Heeren an den europäischen Kriegen teil.<sup>49</sup> Der Kriegsdienst führte sie teilweise auch weit über Europa hinaus, etwa nach Indonesien, wo Johann Heinrich Sulger (1646–1699) in niederländischen Diensten kämpfte.<sup>50</sup> Das Risiko, den fremden Dienst nicht zu überleben, war hoch. Aber aus dem Kriegs-›Handwerk‹, denn als solches galt der fremde Dienst, konnten sich auch Chancen ergeben. Wer mehr oder weniger unbeschadet nach Basel zurückkehrte, dem stand es offen, seine Erfahrungen und Kompetenzen ökonomisch und sozial zu nutzen.<sup>51</sup>

Neben einzelnen kriegserprobten Söldnern galt dies besonders für die Offiziere, die in ganz Europa gefragt waren. Diese Nachfrage brachte – auch das eine Innovation des 17. Jahrhunderts – eine Kommerzialisierung des Krieges und eine entsprechende Kriegsorganisation hervor. Eigentliche Militärunternehmer rekrutierten und finanzierten ganze Einheiten, die sie häufig unter dem eigenen

Kommando situativ in den Dienst einer Kriegspartei stellten. Auch Basler Bürger und andere eidgenössische Eliten, die wie der bereits erwähnte Berner Ratsherr Hans Ludwig von Erlach teilweise von Basel aus agierten, praktizierten dieses riskante, aber lukrative Geschäftsmodell.<sup>52</sup> So kämpften Kompanien für die unterschiedlichsten Interessen. Die Niederlande, Spanien, Venedig oder der Heilige Stuhl beschäftigten eidgenössische Truppen. Besonders eng aber waren und blieben die Beziehungen zur französischen Krone, mit der Basel, wie die meisten anderen eidgenössischen Orte, durch Allianz- und Solddienstverträge verbunden war. Gerade eine militärische Karriere in französischen Diensten war für die Söhne der Basler Elite attraktiv, liess sich das symbolische Kapital eines Offizierspatents doch in der Heimatstadt in politische Macht ummünzen. Bis ins 18. Jahrhundert war es möglich, unmittelbar an den Offiziersdienst in der Fremde eine Karriere im Kleinen Rat oder einem anderen politischen Amt anzuschliessen, wie die Laufbahn eines Namensvetters des Diplomaten Johann Rudolf Faesch zeigt. Dieser Johann Rudolf Faesch (1680–1762) nahm gegen Ende seiner Offizierskarriere in kurbrandenburgischen und französischen Diensten verschiedene Ämter in seiner Heimatstadt an, um 1728 schliesslich in den Kleinen Rat einzutreten.<sup>53</sup>

Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass die Planung einer politischen Karriere in Basel einen militärischen Dienst im Ausland umfassen konnte. Basler Aspiranten griffen zur Beförderung ihrer Karrieren entweder auf familiäre Kontakte ins Ausland oder auf Vermittlerdienste zurück. Auch an dieser Stelle profitierten sie von den personellen Verflechtungen zwischen der Stadt und dem französischen Hof. Unter anderen fungierte Johann Peter Stuppa (1621–1701) in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts als wichtige Mittlerfigur in den französisch-eidgenössischen Beziehungen. Stuppa stammte ursprünglich aus dem bündnerischen Chiavenna, war jedoch spätestens seit 1666 auch Basler Bürger. In französischen Diensten stieg er bis zum Generaloberst aller Schweizer und Bündner Truppen und schliesslich zum Kommandanten der Schweizergarde auf. Daneben rekrutierte er sein eigenes Regiment, mit dem er für die französische Krone etwa im holländischen Krieg kämpfte. Sein Einfluss war so gross, dass er Offiziersstellen in den eidgenössischen Truppen nach eigenem Gutdünken vergeben konnte – und Basler Bürger nutzten diese landsmannschaftlichen Verbindungen. Stuppa vergab 1671, als er rund zehntausend Mann für den französischen Solddienst rekrutierte, Kompanien an Emanuel Faesch (1646–1693) und Felix Platter (1632–1705), die ihm wohl auch bei der Truppenrekrutierung behilflich gewesen waren.<sup>54</sup> Die beiden Basler nutzten diese Chance auf unterschiedliche Weise: Während Platter sein gesamtes Leben als Karrieresoldat verbrachte, trat Faesch, der später auch in den

Diensten des Kurfürsten von Köln und des Kaisers stand, nach seiner Rückkehr nach Basel in den Rat ein.<sup>55</sup>

**Ehemalige Offiziere  
brachten einen  
«europäischen» Blick ein**

Die Auswirkungen dieser militärischen und politischen Karrieren auf die Stadt und ihre Politik waren vielfältig. Ehemalige Offiziere brachten einen um die europäische Dimension erweiterten Blick ein und besaßen militärisches Wissen, das sich im Bedarfsfall abrufen liess, ohne dass Basel selbst Geld für die militärische Ausbildung in die Hand nehmen musste. Hans Jakob Zörnlin (1588–1659) etwa, der als Offizier in venezianischen Diensten stand, wurde nach seiner Rückkehr nicht nur Ratsherr und Schultheiss von Liestal, er diente auch im «Defensionale von Wil» als Oberst der eidgenössischen Artillerie und 1653 als Kommandant der Basler Truppen im Bauernkrieg.<sup>56</sup> In ähnlicher Weise stellte Emanuel Socin (1628–1717) nach seiner Zeit in schwedischen Diensten während des Dreissigjährigen Krieges seine militärische Expertise seiner Heimatstadt zur Verfügung. Er war unter anderem Hauptmann des Spalenquartiers, befehligte als Kommandant im Ersten Villmergerkrieg eine Basler Kompanie, mit der die Stadt ihre Vermittlungsbemühungen zu unterstreichen versuchte, und war ab 1670 Teil des im «Defensionale von Wil» gegründeten eidgenössischen Kriegsrats.<sup>57</sup> Auch Johann Jakob Hebdenstreit (1641–1707), der ab 1672 im Regiment Stuppa diente, ging diesen militärisch-politischen Weg. Als er 1690, von Ludwig XIV. für seine Verdienste mit dem Beinamen «La Roche» geehrt, aus Frankreich nach Basel zurückkehrte, befehligte er unter anderem ab 1702 die Landmiliz. Vor allem aber nutzten die La Roche, von denen auch im 18. Jahrhundert mehrere männliche Nachkommen im Kriegsgeschäft aktiv waren, das ökonomische Potenzial, das sich ihnen bot. Sie stiegen im grossen Stil in den Handel und ins Bankgeschäft ein.<sup>58</sup>

Trotz des Profits, den die Stadt aus ihren ehemaligen Militärunternehmern zog, waren deren Karrieremodelle nicht vor Kritik gefeit. Denn Basler Politiker erhielten häufig weiterhin Gelder vonseiten jener Mächte, in deren Diensten sie in der Vergangenheit gekämpft hatten. Diese Pensionen boten immer wieder Anlass, Interessenkonflikte zu vermuten und die Loyalität einzelner Angehöriger der Basler Obrigkeit anzuzweifeln. Insbesondere während des Baus der Festung Hünningen (1679–1691) wurde aus Teilen der Bürgerschaft wiederholt und zum Teil lautstark der Verdacht geäussert, dass Ratsmitglieder mit den Franzosen allzu eng verbunden seien und mit ihnen zu ihrem eigenen Profit gemeinsame Sache machten. Auch in dieser Hinsicht war Basel kein geschlossener Raum, sondern eher ein Knotenpunkt im Geflecht vielfältiger Beziehungen.

## Innere Konflikte und die gewalttätigen Auseinandersetzungen von 1691

Die aussenpolitische Lage Basels im 17. Jahrhundert sowie die vielfältigen Beziehungen einzelner Angehöriger der Basler Elite innerhalb Europas blieben nicht ohne Folgen für das politische und soziale Leben innerhalb der Stadt. Wachsende Interessenkonflikte führten gegen Ende des Jahrhunderts zu einer Situation, in der das Gemeinwesen in einer Weise gefährdet erschien, wie es seit der Reformation nicht mehr der Fall gewesen war. Zum wiederholten Male kam es zunächst zu einem für Basels Politik typischen Wechsel von vorsichtigem Abwarten und pragmatischem Handeln. Die Konsequenz, mit der die Obrigkeit gegen ihre innerstädtischen Kontrahenten letztlich vorging, ist in der frühneuzeitlichen Basler Geschichte allerdings einmalig.

### Das Ende einer gescheiterten Revolution

Auch die grösste innenpolitische Krise im frühneuzeitlichen Basel endete mit einer Inszenierung. Wehklagen war zu hören, als am 28. September 1691 Johannes Fatio (1649–1691) zum Schafott geführt wurde. In engen Reihen säumten die Baslerinnen und Basler den Weg des 42-jährigen Arztes vom Spalenturm zum Hinrichtungsort auf dem Kornmarkt.<sup>59</sup> Dort war tags zuvor in Eile ein «Theatrum» errichtet worden, das nun von bewaffneten «Stadt Soldaten» umringt war. Nach «CriegsManier» wurde der Delinquent, begleitet von Bewaffneten aus allen Quartieren, mit «Dromen u. Pfeiffen» vorgeführt.<sup>60</sup> Fatio selbst liess sich jedoch keine Nervosität anmerken. Frisch ging er daher, betend, wie es in einem Bericht heisst, «als wann er an eine Hochzeit wollte», während um ihn herum «überhaupt Niemand [...] sich vest des Weynens enthalten» konnte. Nachdem er den Richtplatz erreicht hatte, wandte er sich mit der Bitte um Vergebung an die anwesenden Ratsmitglieder und forderte die Bürgerschaft auf, sich «an ihm ein Exempel zunehmen, dasz ein Jeder seinem Beruf fleissig abwarten, [und] in keine fremden Händel die sie nicht verstehen sich mischen» sollte. Daraufhin schritt der Scharfrichter zur Tat und enthauptete den Mann. Fatios Rumpf fiel vom «Theatrum» zu Boden und wurde schnell von den wartenden Totengräbern in einen Sack gesteckt. Das abgeschlagene Haupt jedoch setzte der Scharfrichter «in einem tuch auf das Richtstühlein zum Spectacul bisz die Burger abgezogen». Danach wurde es «zu jedermanns Schrecken u. Exempel an einer eiseren Stangen aufgesteckt» und noch lange am Rheintor zur Schau gestellt.

**63 Johann Rudolf Huber, Hinrichtung von Johannes Fatio, Konrad Mosis und Johann Müller, um 1700.** — Mit der Hinrichtung des Arztes Johannes Fatio und zweier weiterer Anführer beendete die Obrigkeit die grosse Verfassungskrise von 1691.



Der Basler Maler Johann Rudolf Huber (1668–1748) hat Fatos Hinrichtung in einem Gemälde festgehalten [63]. Huber betont das Spektakelhafte des Geschehens. Zu sehen ist eine auf dem Basler Marktplatz aufgebaute Holzbühne, auf der sich das Schauspiel vollzog. Den Mittelpunkt bilden der Scharfrichter mit erhobnem Richtschwert sowie, mit entblösstem Oberkörper vor ihm sitzend, der Delinquent, dessen Gesicht mit einer Kappe verhüllt ist. Vom Aufgang der Bühne aus beobachten zwei Geistliche das Geschehen. Um die Bühne herum haben sich Soldaten aufgestellt, die den störungsfreien Ablauf der Hinrichtung gewährleisten. Demselben Zweck scheinen die Kanonen zu dienen, die gegen die Stadt gerichtet sind. Der Oberstknecht, der vor dem Rathaus steht und an seinem Gerichtstab zu erkennen ist, unterstreicht die aus Sicht der Ratsherren – sie sehen von den Fenstern des Rathauses zu – unbedingte Rechtmässigkeit der Handlung.<sup>61</sup>

Neben Johannes Fatio wurden an diesem Tag zwei weitere Männer, der Weissgerber Johannes Müller und der Barbier Hans Konrad Mosis, enthauptet. Huber wies auf seinem Gemälde auch auf sie hin, indem er drei Särge unter der Holzbühne positionierte. Auch ihnen war vorgeworfen worden, sich gegen die bestehende politische Ordnung erhoben zu haben. Vor allem an Fatio wollte der Rat ein Exempel statuieren. Seine Hinrichtung sollte der Bürgerschaft verdeutlichen, dass die jedem Bürger zustehende politische Partizipation nicht mit Aufruhr und Revolte zu verwechseln sei. Der Einzelne, der sich wie Fatio das Recht anmasste, die Verfassung der Stadt infrage zu stellen, musste vor der Souveränität und Einheit der Stadt Basel kapitulieren. Eben diese Einheit wurde durch das Straftheater

präsent gemacht, ja mehr noch, durch die Anwesenheit der Bürgerschaft geradezu hergestellt. Der Rat hielt die Stadttore geschlossen und verpflichtete alle Quartiere, offizielle Abordnungen zu schicken. Die versammelten Menschen verkörperten die politische Einheit der Stadt, deren Willen die Obrigkeit Ausdruck zu verleihen beanspruchte. In dieser Form restituierten die Ratsherren ihre zwischenzeitlich fragil gewordene Legitimität und öffentliche Anerkennung.

## 1691 – Kontinuität und Bruch

Die Geschehnisse, die zur Hinrichtung von Fatio, Müller und Mosis führten, wurden von den nachfolgenden Historikerinnen und Historikern als ‹1691er-Wesen› oder auch ‹1691er-Revolution› bezeichnet. Sie lassen sich als Ausdruck verschiedener Spannungslagen begreifen, die für die Innenpolitik Basels in der gesamten Frühen Neuzeit charakteristisch waren, nun jedoch – gegen Ende des 17. Jahrhunderts – nochmals an Stärke gewannen: Korruption, Ämterhäufung und Familienherrschaft. Begonnen hatte das 1691er-Wesen unspektakulär. In den 1680er-Jahren mehrten sich die bekannten Beschwerden, dass es in der Basler Oberschicht, insbesondere im Kreis der ratsfähigen Familien, zu Bestechungen gekommen sei. Zahlreiche Personen hatten sich demnach der Annahme oder Verteilung von Geschenken schuldig gemacht, deren Zweck es war, politische Entscheidungen zu beeinflussen und bestimmten Personen lukrative Posten zuzuschancen. Besonders die Angehörigen und Freunde der Familien Socin und Burckhardt, die in diesen Jahren die wichtigsten politischen Ämter besetzten, schienen begünstigt worden zu sein. Da Amtsträger, die unter irregulären Bedingungen zu ihren Stellen gekommen waren, gegen den obligatorischen Wahleid verstießen, sah sich auch die Basler Geistlichkeit aufgefordert, die Angelegenheit zu thematisieren. Von der Kanzel herab prangerte sie den ‹Meineid› an, der durch die Annahme und Zusprache von ‹Miet› und durch das ‹Praktizieren› verursacht worden sei.<sup>62</sup>

Das 1691er-Wesen spielte sich im Rahmen der traditionellen politischen Kultur der vormodernen Stadt ab. Die Einheit der Stadt war demnach identisch mit dem Konsens der Bürgerschaft und der tätigen Herstellung des gemeinschaftlichen Besten. Praktiken des Schenkens gehörten durchaus zum legitimen politischen Beziehungshandeln und waren meist in politische Rituale und kollektive Interaktionen eingebettet. Zum verwerflichen ‹Praktizieren› wurden sie, wenn sie – bewusst der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogen – persönlichen Absprachen und individueller Vorteilsnahme dienten. Der Vorwurf, der gegen die Amtsträger erhoben wurde, lautete also, dass sie durch sittlich-moralisch fragwürdige



↑ 64 Anonym, **Porträt von Salome Schönauer**, 2. Hälfte 17. Jahrhundert. | ↗ 65 **Johann Rudolf Huber, Christoph Burckhardt, 1683.** — Salome Schönauer (1640–1691), die Ehefrau des Oberstzunftmeisters Christoph Burckhardt, wurde während der Unruhen von 1690/91 beschuldigt,

mit ihren Helferinnen die Karrieren ihrer Ehemänner und Söhne mit illegalen Absprachen und Bestechungen gefördert und ein eigentliches «Weiberregiment» errichtet zu haben. Wegen «Praktizierens» wurde sie zu einer hohen Busse und langjährigem Hausarrest verurteilt.

Verhaltensweisen und Motivlagen dieses «Beste» gefährdet hatten. So kam 1690 der Verdacht auf, Teile des Rats hätten heimlich mit den Franzosen und anderen auswärtigen Mächten zum eigenen Vorteil paktiert und sich zudem zum Zweck der persönlichen Bereicherung an Spekulationsgeschäften mit Lebensmitteln beteiligt. Die «unguten Reden» über einzelne Vertreter der Obrigkeit und den Kleinen Rat wurden noch lauter, als im Herbst französische Truppenbewegungen bei Kleinhüningen stattfanden, die mit einigen Ratsmitgliedern abgesprochen schienen.<sup>63</sup>

Die Frage, was öffentlich und was geheim war, trug ganz wesentlich zur Eskalation bei. Tatsächliche oder vermutete Geheimhaltung nährte den Verdacht persönlicher Vorteilsnahme. Dabei war die vormoderne Struktur der Öffentlichkeit selbst ein Katalysator der Eskalation. Obwohl es um 1700 schon Zeitungen gab, wurden Informationen in der Regel noch mündlich weitergegeben. Eine grosse Rolle spielten Gerüchte, die zum Beispiel durch Händler von ausserhalb in die Stadt getragen wurden, aber auch innerhalb der Stadt entstehen und sich rasch verbreiten konnten. Auch Predigten konnten zur Informationsquelle werden, wenn die Geistlichen sie dementsprechend nutzten. Die ersten Angriffe auf die

«meineidigen» Ratsmitglieder kamen von der Kanzel. Schliesslich waren persönliche Gespräche nach dem Kirchgang, auf dem Markt oder im Wirtshaus von wesentlicher Bedeutung. Auch in den Privathäusern und auf den Zunftstuben wurden politische Fragen ausgiebig und emotional besprochen.

All diese Diskussionen und Formen des Informationsaustausches waren, weil sie stets in Interaktionen unter Anwesenden eingebunden waren, untrennbar mit politischer Aktion verbunden. Wer beobachtete und sich informierte, war politisch aktiv; wer politisch agierte, war gleichzeitig Teil der Öffentlichkeit. So trafen sich die ersten Aufständischen im Haus des Arztes und Grossrats Jakob Henric-Petri (1644–1695), um sich über die neuesten Entwicklungen auszutauschen, aber auch, um sich auf ein gemeinsames Vorgehen einzuschwören.<sup>64</sup> Ebenso entwickelte sich aus den Gesprächen auf den Zunftstuben schnell eine Dynamik, die zu politischen Aktionen und Forderungen führte. Die Zünfte drangen angesichts der anstehenden Fragen und Probleme als Erste auf die Einberufung des Grossen Rats und erhoben damit früh eine der zentralen Forderungen der entstehenden Protestbewegung.

Da schon in der Art und Weise, wie sich die Proteste formierten, eine ausgesprochen grosse und schwer zu kontrollierende Sprengkraft steckte, sah sich der Rat dazu angehalten, vorsichtig auf öffentliche Kritik zu reagieren und nicht von vornherein auf Konfrontation zu setzen. Die Kleinräte stimmten der Forderung aus den Kreisen der Zünfte ohne ernstzunehmenden Widerstand zu und beraumten am 18. November 1690 eine seit Jahrzehnten nicht mehr durchgeführte Grossrats-sitzung an. Sie signalisierten in der Sitzung, grundsätzlich kompromissbereit und an einer einvernehmlichen Lösung interessiert zu sein. Alle offiziellen Informationen zur französischen Festungsanlage in Hüningen wurden offengelegt und einer zukünftigen politischen Aufwertung des Grossen Rats zugestimmt. Insbesondere sollte er darauf hinwirken, die beklagten Missstände in der Ämtervergabe zu beheben. Gleichzeitig versuchte der Kleine Rat die entstehende politische Dynamik einzuhegen. Er schickte in den Tagen nach der Grossratssitzung Abgeordnete auf die Zünfte, um die Stimmung zu beruhigen. Sie appellierten an die Einheit der Bürgerschaft und versuchten im persönlichen Gespräch auf die Anwesenden einzuwirken. Diese Gespräche folgten festgelegten Regeln und Höflichkeitsformen. Als ein Kupferstecher namens Thurneysen dem Oberstzunftmeister Christoph Burckhardt (1631–1705) bei einem solchen Besuch auf die Schulter klopfte und ein Entgegenkommen mit dem Satz «Zuvor musz der Meineid ausgerottet seyn» ablehnte, war dies ein bewusster Bruch mit gängigen Verhaltenskonventionen.<sup>65</sup>

Angesichts des offensichtlichen Eskalationspotenzials beschloss der Kleine Rat, sich brieflich an die Tagsatzung zu wenden und um die Abordnung einer eid-

genössischen Delegation zu ersuchen, die zu den Basler Verhältnissen schlichtend und vermittelnd Stellung beziehen sollte. Diese traf tatsächlich bald ein und begann, auf den Zünften Vernehmungen durchzuführen, um dem Unmut in der Bürgerschaft auf den Grund zu gehen. Auch die Geistlichen wurden vernommen, und zwar vom städtischen Ratsschreiber. Hier ging es darum, einer weiteren Zuspitzung der Situation von der Kanzel herab Einhalt zu gebieten. All diese Massnahmen nutzten indes wenig. Anfang 1691 wurden grosse Teile der Zunftmitglieder immer unzufriedener nicht nur mit der Politik des Kleinen Rats, sondern auch mit ihren Vertretern im Grossen Rat, die ihnen allzu kompromissbereit erschienen. Der Missmut artikulierte sich in Zunftversammlungen und führte Ende Januar 1691 zur Gründung von Ausschüssen, die von nun an die Interessen der Bürgerschaft vertreten sollten. Die Führung dieser Ausschüsse übernahm zunächst Jakob Henric-Petri und nach dessen wenig später erzwungenem Ausscheiden Johannes Fatio. Vor allem unter Fatios Vorsitz hoben die Ausschüsse den Protest auf eine neue Stufe. Gesteigerte Agitation, politische Aktion und Präsenz im öffentlichen Raum sollten die herrschende Elite noch stärker unter Druck setzen. Besonders deutlich zeigte sich das am «groszen Kürchlin Tag» beziehungsweise dem «wilden Dienstag», wie er von den Räten später genannt wurde.<sup>66</sup> Aus Anlass einer Grossratssitzung zogen Mitglieder der Ausschüsse zum Rathaus und besetzten dort die Stuben, Gänge und Treppen. Sie verriegelten zudem die Zugänge und postierten Wachen an den Toren. Den Ratsmitgliedern, die daraufhin die Sitzung abbrachen, wurde der Ausgang verwehrt und gleichzeitig verboten, sich mit Wein und Essen zu versorgen. Die Ausschussmitglieder hingegen bereiteten sich selbst mit den im Rathaus vorgefundenen Lebensmitteln ein üppiges Mahl – was den Kleinräten nicht verborgen blieb, da es von feixendem Gelächter und Hohngeschrei begleitet wurde. Das gemeinsame Essen, das in vielen rituellen Kontexten eine verbindende Rolle spielte, wurde symbolisch neu aufgeladen und gegen die Mächtigen gekehrt. Anschliessend sprengten die Aufständischen die Tür zur Waffenkammer und zogen in kleinen Gruppen lärmend und lachend durch die Stadt. Als Zeichen des Triumphs wurden aus den Fenstern der Zunfthäuser die Fahnen gehängt. Auf diese Weise konnten die Ausschüsse nach und nach die Oberhand gewinnen und dem Rat über die folgenden Wochen ihre politische Agenda diktieren.

### **Politische Aktion und Reflexion**

Um den eigenen politischen Zielen Geltung zu verschaffen, setzten die Aufständischen allerdings nicht nur auf physische Präsenz auf der Strasse und an zentralen

Orten der Stadt. Parallel dazu definierten sie ihre Positionen auch schriftlich und forderten von der Gegenseite, dies ebenfalls zu tun. So lautete eine der ersten Forderungen an den Rat, die verbürgten Privilegien und Rechte der Bürgergemeinde zu verschriftlichen und ihnen auf diese Weise zugänglich zu machen.<sup>67</sup> Später verlangten die Ausschüsse Einsicht in die alten kaiserlichen Privilegien, die Vorlage aller Gesetzesvorhaben, ehe sie zur Ratifikation in den Grossen Rat gelangten, sowie die Ratsprotokolle über die bisherigen Verhandlungen.<sup>68</sup> Auch selbst setzten sie immer wieder Schriftstücke auf.<sup>69</sup> Auf diese Weise entstand eine zweite Ebene der Auseinandersetzung. Anhand schriftlicher Satzungen konnten Einzelentscheidungen auf ihre rechtliche Gültigkeit überprüft und entsprechend bewertet werden. Gleichzeitig machten sie die Dauerhaftigkeit der politischen Ordnung und die Autonomie ihrer Institutionen sichtbar. Die Stadt rückte also als staatsrechtlicher Zusammenhang auch jenseits aktueller Proteste und Reaktionen in den Blick; sie wurde zum Gegenstand kritischer Reflexion.

Zur Verschriftlichung des Konflikts und damit zur Trennung von politischem Beobachten und politischer Aktion trug auch die Anrufung der Tagsatzung, eigentlich eine traditionelle Form der Konfliktregulierung, durch den Kleinen Rat bei. Die eidgenössischen Abgeordneten, die zeitgleich mit der Gründung der Ausschüsse Ende Januar 1691 in Basel eintrafen, berichteten regelmässig brieflich an die Tagsatzung, diese wiederum wandte sich ebenfalls in schriftlicher Form an die Konfliktparteien. Daraus entspann sich ein umfassender Schriftverkehr, in dem auf Ratsordnungen und Rechtsgutachten, Protokolle, Erlasse und «Erkenntnisse» rekurriert wurde. Gegen den Widerstand der Ausschüsse forderte der Grosse Rat von den eidgenössischen Repräsentanten schliesslich ein Gutachten über die Verhandlungen und den Stand der Dinge an. Dieses Gutachten beinhaltete den Entwurf einer Vermittlung zwischen den Parteien.<sup>70</sup> Hinter diesen Entwurf stellten sich die Geistlichen mit einer umfangreichen, gedruckten Abhandlung. Aber auch viele Bürger und Zunftangehörige, die der Eskalation durch die Ausschüsse zunehmend skeptisch gegenüberstanden, trugen sich in entsprechende Namenslisten ein.

Obwohl schriftliche Aufzeichnungen, Gutachten und Darlegungen im Laufe der Auseinandersetzungen immer wieder eng mit politischer Aktion verbunden wurden, beispielsweise wenn Briefe auf den Zünften verlesen oder der Obrigkeit Bittschriften und Forderungskataloge übergeben wurden,<sup>71</sup> trug der Schriftgebrauch letztlich dazu bei, dass die Ereignisse einen neuen Verlauf nahmen. Es entstand ein Raum, in dem Gedanken und Gegengedanken aufeinander bezogen werden konnten und sich dadurch Alternativen zur Hervorbringung politischer Ordnung durch Rituale und performative Handlungen ergaben. Letztlich schei-

terte die Ausschussbewegung mit ihren Forderungen daran, dass die politischen Aktionen zunehmend ins Leere liefen und immer weniger Unterstützung erfuhren. Der herrschenden Elite gelang es, ihre Machtposition zu behaupten und weitergehende Strukturveränderungen zu verhindern. Sie nutzten die zunehmende Uneinigkeit in den Ausschüssen, um die ‹Rädelsführer› zu isolieren und mit ihnen kurzen Prozess zu machen. Die Hinrichtung Fatios, Müllers und Mosis' beendete für lange Zeit alle Bestrebungen, über das damals politische Erreichte hinauszugehen, und sicherte, ja vergrösserte auf mittlere Sicht sogar die Macht weniger Basler Familien. Was sich indes änderte, war die Form, Politik zu beobachten und politisch zu handeln. Nicht zuletzt als Folge des 1691er-Wesens setzte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts ein neues, moderneres Verständnis der ‹Stadt› beziehungsweise der ‹Republik› Basel, ihrer Regierung und Verwaltung sowie ihrer Souveränität durch.

## Anmerkungen

- 1 Meyer; Ryff 1966, S. 110 f.
- 2 Landolt 1996, S. 447–449.
- 3 Zit. n. Landolt 1996, S. 469.
- 4 Landolt 1996, S. 286–291.
- 5 Berner 1989, S. 153–185.
- 6 Landolt 1996, S. 306.
- 7 Zum Folgenden vgl. Landolt 1996, S. 286–478.
- 8 Nah dran, weit weg, Bd. 4, S. 11–14: «Von der Herrschaft mit Bauern zur Herrschaft über Bauern».
- 9 Zum Konfliktverlauf vgl. Landolt 1996, S. 479–701.
- 10 Zur Entwicklung in Basel im gesamtgesellschaftlichen Kontext vgl. Landolt 2004.
- 11 Suter 1997, S. 563 f.
- 12 Landolt 1996, S. 11–13.
- 13 Bonjour 1951, S. 196.
- 14 Stritmatter 1977, S. 30.
- 15 Stritmatter 1977, S. 61–78.
- 16 Stritmatter 1977, S. 82.
- 17 Stritmatter 1977, S. 63.
- 18 Stritmatter 1977, S. 16.
- 19 Bonjour 1951, S. 213 f. Sutter 1958.
- 20 Zur Stadtgarnison vgl. Grimm 2019.
- 21 Büchi 2021, S. 27–46.
- 22 StABS, Z 1, Architektur- und Bauordnung der Stadt Basel, 1588. Vgl. Büchi 2015, S. 367–369.
- 23 Büchi 2021. Schneider 1993, S. 30–32.
- 24 Bonjour 1951, S. 193–195.
- 25 Zit. n. Münkler 2017, S. 730 f.
- 26 Suter 1997, S. 331. Stritmatter 1977, S. 13, 147–157.
- 27 Stritmatter 1977, S. 188–230. Gaus; Stöcklin 1953, S. 164.
- 28 So z. B. Sebastian Güntzer. Vgl. Brändle 2011, S. 31.
- 29 Zur Verstrickung als Grund für die Verschönerung vgl. Holenstein 2015, S. 51–64.
- 30 Zit. n. Stadler 1999, S. 73.
- 31 Jorio 1999, S. 138.
- 32 Greiner 2007.
- 33 Gampp 2012.
- 34 Kiechel 1975, S. 64 f.
- 35 Fürstenberger 1960, S. 32.
- 36 Kiechel 1975, S. 263 f.
- 37 Geschildert in der Basler Geschichte von Lutz aus dem Jahr 1834. Vgl. basierend darauf Kiechel 1975, S. 61.
- 38 Rogger 2024.
- 39 Hofer 1688.
- 40 Lötscher 1976, S. 142.
- 41 Bunke 2009. Schmid-Cadalbert 1993.
- 42 Vgl. an einem Berner Beispiel Würzler 2015, S. 88–105.
- 43 Burghartz 1998.
- 44 Bonjour 1951, S. 192. Vgl. auch Gaus; Stöcklin 1953, S. 29, 107–109.
- 45 Lau 2008, S. 80–121. Vgl. auch Fürstenberger 1960.
- 46 Stocker 1889, S. 251.
- 47 Bonjour 1951, S. 193–195.
- 48 Röthlin 1986, S. 27 f.
- 49 Burckhardt 1917.
- 50 Sieber 1950.
- 51 Schnyder Burghartz 1997.
- 52 Rogger 2015.
- 53 Furrer Wälchli 2004.
- 54 Keller 2018. Barraz 1990.
- 55 Zu Platter vgl. UB Basel, KiAr G X 41:2. Zu Faesch vgl. Stocker 1889, S. 258 f. Röthlin 1986, S. 101.
- 56 Rogger 2019.
- 57 Burckhardt-Piguet 1893.
- 58 Seiler-La Roche 1920, S. 40–47.
- 59 Burghartz 1999c.
- 60 UB Basel, UBH, H IV,3: «Gründliche und Actenmaessige Beschreibung der innerlichen Unruhen, welche in den Jahren 1690 und 1691 in einer löblichen Stadt Basel gewüetet, nebst Dr. Jakob Henric-Petri Basel Babel und sein hernach wieder die Stadt geführter Proceß. Alles auf das sorgfältigste mit Gegeneinanderhaltung zweyer Abschriften zusammengeschrieben von M. Daniel Meyer SMC und Schuldiener zu St. Peter im Jahr Christi 1773».
- 61 Escher 1829. Kutter 1991. Burghartz 1993.
- 62 Groebner 2000.
- 63 Schweizer 1931. Grollimund 2004.
- 64 Die heutige Adresse des Hauses lautet Weisse Gasse 18.
- 65 Ochs 1821, S. 206.
- 66 Ochs 1821, S. 221.
- 67 Würzler 1995, S. 46–52. Ochs 1821, S. 202. Burckhardt 1866.
- 68 Ochs 1821, S. 210.
- 69 Vgl. z. B. Ochs 1821, S. 232.
- 70 Ochs 1821, S. 262.
- 71 Ochs 1821, S. 209 f.



